

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

NetzWächter – Pascal Laatsch

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend „AGB“) gelten für alle Verträge über IT-Dienstleistungen zwischen Pascal Laatsch, handelnd unter „NetzWächter“, Zur Feldlage 10a, 58099 Hagen-Garenfeld (nachfolgend „Anbieter“), und seinen Kundinnen und Kunden (nachfolgend „Kunde“).

(2) Zu den Leistungen des Anbieters gehören insbesondere die Reparatur und Einrichtung von Computern und Smartphones, die Einrichtung von Software sowie IT-Coaching und Beratung.

(3) Diese AGB gelten gegenüber Verbrauchern und Unternehmern, soweit nachfolgend nicht ausdrücklich unterschieden wird.

(4) Abweichende oder ergänzende Bedingungen des Kunden werden nur Vertragsbestandteil, wenn der Anbieter ihrer Geltung ausdrücklich in Textform zustimmt.

§ 2 Vertragsschluss und Kommunikation

(1) Die Darstellung der Leistungen auf der Website, auf Kleinanzeigen oder in sonstigen Medien stellt kein verbindliches Angebot dar, sondern eine Aufforderung an den Kunden, ein Angebot abzugeben.

(2) Der Vertrag kommt durch ausdrückliche Annahme des Auftrags durch den Anbieter oder durch Beginn der vereinbarten Leistung zustande.

(3) Aufträge und Absprachen können insbesondere persönlich, telefonisch, per E-Mail oder über einen zwischen den Parteien vereinbarten Messenger-Dienst erfolgen.

(4) Bei einer Kontaktaufnahme über Plattformen wie Kleinanzeigen dient die Plattform nach dem derzeitigen Geschäftsmodell insbesondere der Bewerbung und ersten Kontaktaufnahme. Vertragsschluss und Bezahlung erfolgen außerhalb der Plattform im persönlichen Kundengespräch oder auf anderem vereinbartem Weg.

§ 3 Leistungsumfang

(1) Der konkrete Leistungsumfang richtet sich nach der jeweiligen Auftragsbestätigung oder der individuellen Vereinbarung mit dem Kunden.

(2) Soweit bei der Durchführung weitere, für die vereinbarte Leistung erforderliche Arbeiten festgestellt werden, wird der Anbieter den Kunden hierüber informieren, soweit dies nach den Umständen möglich und zumutbar ist.

(3) IT-Coaching und Beratung dienen der sorgfältigen und nach dem aktuellen Kenntnisstand erfolgenden Wissensvermittlung. Ein bestimmter wirtschaftlicher oder technischer Erfolg wird nur geschuldet, wenn dies ausdrücklich vereinbart wurde.

§ 4 Geräte, Datenzugriff und Zugangsdaten

(1) Bei Reparatur-, Einrichtungs- und Wartungsleistungen kann es technisch erforderlich sein, auf das vom Kunden bereitgestellte Gerät, dessen Betriebssystem, Systemeinstellungen, Benutzerprofile oder gespeicherte Daten zuzugreifen.

(2) Der Anbieter greift auf gespeicherte Daten grundsätzlich nur insoweit zu, wie dies für die Fehlerbehebung, Einrichtung oder sonstige Auftragserfüllung erforderlich ist.

(3) Der Kunde stellt erforderliche Zugangsdaten, PINs oder Passwörter rechtzeitig zur Verfügung, soweit diese für die vereinbarte Leistung erforderlich sind. Der Kunde weist den Anbieter auf besondere Umstände hin, insbesondere auf bekannte Vorschäden, besonders sensible Daten oder sonstige für die Durchführung relevante Besonderheiten.

(4) Der Kunde bleibt für die Rechtmäßigkeit der auf seinem Gerät gespeicherten Inhalte verantwortlich. Der Anbieter ist nicht verpflichtet, den gesamten Datenbestand des Geräts inhaltlich zu prüfen.

§ 5 Datensicherung und Backups

(1) Der Kunde ist grundsätzlich dafür verantwortlich, vor Übergabe eines Geräts eine aktuelle Sicherung seiner wichtigen Daten anzufertigen.

(2) Eine Datensicherung durch den Anbieter erfolgt nur, wenn dies zur Auftragserfüllung technisch erforderlich ist oder ausdrücklich als Leistung vereinbart wurde. Soweit hierfür eine ausdrückliche Zustimmung des Kunden erforderlich ist, wird diese vor Durchführung der Datensicherung eingeholt.

(3) Soweit der Anbieter im Rahmen eines Auftrags vorübergehend Daten sichert, werden diese nach Wegfall des hierfür erforderlichen Zwecks gelöscht, soweit keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht entgegensteht.

(4) Der Anbieter übernimmt keine allgemeine Verpflichtung zur Datensicherung. Für einen Datenverlust, der auf einer fehlenden oder unzureichenden Sicherung des Kunden beruht, haftet der Anbieter nur nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und insbesondere nicht, soweit der Anbieter den Datenverlust nicht zu vertreten hat.

§ 6 Kostenvoranschlag und Diagnose

(1) Auf Wunsch des Kunden kann vor einer Reparatur ein Kostenvoranschlag erstellt werden. Soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart, ist dieser unverbindlich.

(2) Zeigt sich während der Durchführung, dass zusätzliche Arbeiten oder Kosten erforderlich werden, wird der Anbieter den Kunden hierüber informieren, soweit dies nach den Umständen möglich ist.

(3) Für eine Diagnose, Prüfung oder Erstellung eines Kostenvoranschlags kann eine angemessene Vergütung vereinbart werden. Dies wird dem Kunden vorab mitgeteilt.

§ 7 Preise und Zahlung

(1) Es gelten die bei Auftragserteilung vereinbarten bzw. mitgeteilten Preise.

(2) Der Anbieter wendet die Kleinunternehmerregelung nach § 19 UStG an. Umsatzsteuer wird nach den gesetzlichen Voraussetzungen nicht ausgewiesen.

(3) Soweit nichts anderes vereinbart wurde, ist die Vergütung nach Abschluss bzw. Übergabe der Leistung fällig. Die Zahlung kann insbesondere per Überweisung oder in bar erfolgen.

(4) Bei erforderlicher Beschaffung von Ersatzteilen kann der Anbieter angemessene Vorschüsse oder Abschlagszahlungen verlangen.

(5) Bei Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.

§ 8 Ersatzteile und vom Kunden bereitgestellte Komponenten

(1) Werden im Rahmen einer Reparatur Ersatz- oder Bauteile beschafft, können dem Kunden die hierfür vereinbarten Kosten einschließlich gegebenenfalls vereinbarter Beschaffungskosten berechnet werden.

(2) Stellt der Kunde selbst Ersatzteile oder sonstige Komponenten bereit, trägt er das Risiko, dass diese für das Gerät geeignet und funktionsfähig sind, soweit der Anbieter die Eignung nicht ausdrücklich zugesichert hat.

(3) Der Anbieter weist den Kunden auf erkennbare Probleme mit bereitgestellten Komponenten hin, soweit diese im Rahmen der Auftragserfüllung erkennbar werden.

§ 9 Termine und Mitwirkung

(1) Vereinbarte Termine sind nur verbindlich, wenn dies ausdrücklich vereinbart wurde.

(2) Verzögerungen aufgrund von Umständen, die der Anbieter nicht zu vertreten hat, insbesondere verspäteter Lieferung benötigter Ersatzteile, können zu einer angemessenen Verschiebung des Fertigstellungstermins führen.

(3) Verzögerungen, die durch eine fehlende oder verspätete Mitwirkung des Kunden entstehen, hat der Anbieter nicht zu vertreten.

§ 10 Abnahme, Übergabe und Abholung

(1) Nach Abschluss der vereinbarten Arbeiten wird das Gerät dem Kunden zur Abnahme bzw. Übergabe bereitgestellt.

(2) Der Kunde soll das Gerät bei Übergabe auf offensichtliche Mängel oder erkennbare Funktionsprobleme prüfen und solche unverzüglich mitteilen.

(3) Für nicht abgeholte Geräte gelten die gesetzlichen Vorschriften. Eine gesonderte Vergütung für eine längere Aufbewahrung wird nur verlangt, wenn dies vorab vereinbart wurde oder gesetzlich zulässig ist.

§ 11 Gewährleistung

(1) Es gelten die gesetzlichen Gewährleistungsvorschriften.

(2) Gegenüber Unternehmern kann die gesetzliche Verjährungsfrist für Ansprüche wegen Mängeln bei Werkleistungen im gesetzlich zulässigen Umfang auf ein Jahr verkürzt werden.

(3) Gegenüber Verbrauchern bleiben die gesetzlichen Gewährleistungsfristen unberührt.

(4) Kein Anspruch besteht, soweit eine Funktionsbeeinträchtigung nachweislich auf vom Kunden bereitgestellte ungeeignete oder defekte Komponenten, unsachgemäße Nutzung nach Übergabe oder normalen Verschleiß zurückzuführen ist.

§ 12 Haftung

(1) Der Anbieter haftet unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des Anbieters beruhen.

(2) Für sonstige Schäden haftet der Anbieter unbeschränkt bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

(3) Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Anbieter nur für den bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden.

(4) Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen ausgeschlossen, soweit ein solcher Ausschluss gesetzlich zulässig ist.

(5) Zwingende gesetzliche Haftung, insbesondere nach dem Produkthaftungsgesetz, bleibt unberührt.

(6) Die Regelungen zur Datensicherung in § 5 bleiben unberührt.

§ 13 Widerrufsrecht für Verbraucher

(1) Bei Verträgen mit Verbrauchern, die im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen werden, kann ein gesetzliches Widerrufsrecht bestehen.

(2) Soweit ein Widerrufsrecht besteht, erhält der Verbraucher die gesetzlich erforderliche Widerrufsbelehrung und die weiteren erforderlichen Informationen gesondert.

(3) Wünscht der Verbraucher ausdrücklich, dass die Dienstleistung bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt, werden die hierfür gesetzlich erforderlichen Informationen und Erklärungen gesondert eingeholt.

§ 14 Datenschutz

(1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nach Maßgabe der jeweils aktuellen Datenschutzerklärung des Anbieters.

(2) Die Datenschutzerklärung informiert insbesondere über die Verarbeitung von Kontakt-, Auftrags- und Abrechnungsdaten sowie über den möglichen Zugriff auf Daten auf Kundenendgeräten im Rahmen der Auftragserfüllung.

(3) Die Datenschutzerklärung ist Bestandteil der Vertragsinformationen, ersetzt jedoch nicht die Regelungen dieser AGB.

§ 15 Laufende Leistungen und Kündigung

(1) Bei laufenden Betreuungs- oder Coaching-Vereinbarungen gelten die individuell vereinbarten Laufzeiten und Kündigungsfristen.

(2) Soweit keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, können Dauerschuldverhältnisse mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende gekündigt werden.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 16 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

(1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Gegenüber Verbrauchern gilt dies nur, soweit dadurch keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts des Verbrauchers eingeschränkt werden.

(2) Ist der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist – soweit gesetzlich zulässig – der Geschäftssitz des Anbieters Gerichtsstand.

§ 17 Schlussbestimmungen

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

(2) Anstelle der unwirksamen Bestimmung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

Stand

August 2026